

Alternativen, rot und grün

Für den, der seine Stimmen nicht an die drei staatstragenden Parteien geben will, wird es voraussichtlich bei den Wahlen am 13. Juni zwei linke Alternativen geben: Déi Gréng und Déi Lénk. Die Namensverwandtschaft mag Zufall sein, aber immerhin ermöglicht die «Gnade der späten Gründung», solche mittlerweile als störend empfundenen Präzisierungen wie Arbeiter, sozialistisch, oder kommunistisch, gleich außen vor zu lassen.

So sind bei der Fusion von GAP und GLEI die (schon reichlich diffusen) abstrakten Ansprüche «alternativ» und «ökologesch» ersatzlos gestrichen worden, und seither sind Déi Gréng bemüht, den Realismus ihrer politischen Ziele und Forderungen hervorzuheben. Sie haben sich heraus aus der linksradikalen Ecke zur Mitte hin entwickelt und verstehen sich auch nicht mehr als Avantgarde einer grossen Bewegung (Parteisprecher De Toffoli im Gréngesponn vom 15.1.99). Also weg von der Systemkritik, hin zur Systemveredelung - Stichwort Umwelttechnologie-Standort - mit der Aussicht, ein paar zusätzliche Sitze zu ergattern. Auf das Bepinkeln der nationalen Nischen Benzinpreis und Bankgeheimnis wird denn auch wohlweislich verzichtet. Die verbliebene Radikalität darf sich an «Nebenthemen» wie Frauenpolitik austoben und schwappt dann manchmal über in andere Bereiche (Wahlssystem, Arbeitszeitverkürzung), was wiederum dem angestrebten Image von Kompetenz und Kohärenz nicht förderlich ist.

Anders dagegen die neugegründete Wahlinitiative Déi Lénk, zu der sich Nei Lénk, KP und Einzelpersonen zusammengeschlossen haben. Kohärenz ist hier nicht so wichtig, Linksradikalität dagegen Ehrensache. Und so nutzte man die Gelegenheit, als Wahlprogramm eine lange Liste meist maxima-

listischer Forderungen aneinanderzureihen und alle vertretenen Interessengruppen und Ideologien zu Wort kommen zu lassen. Was hilft internen Streit zu vermeiden, verhindert leider auch, daß eine klare Stoßrichtung erkennbar wird. Der größte gemeinsame Multiplikator besteht zum einen darin, verbissen den Sozialstaats-Knochen gegen alle neoliberalen Bedrohungen zu verteidigen. Andererseits einigte man sich auf eher quantitative Forderungen, die



Gefahr laufen, dort wo Koalitionen eingegangen werde (wie von der PDS in Deutschland), zu quantitativen Kompromissen zu führen, bei denen der Anspruch auf Systemkritik nicht mehr vermittelbar ist. Und sogleich bringt man als Beobachter etwas mehr Verständnis auf für die Bemühungen von Déi Gréng, durchdachte, qualitative Reformkonzepte vorzulegen, auch wenn das Ergebnis dieser Bemühungen nicht unbedingt befriedigen kann.

Doch was kann man eigentlich von linker Politik erwarten? Daß sie sich langfristige Ziele gibt, gleichzeitig aber erste Schritte in die richtige Richtung aufzeigt. Und darüber hinaus, daß sich diese Schritte in eine Gesamtstrategie der gesellschaftlichen Veränderung einfügen. Dies alles nicht durch vorgefertigte Komplettlösungen und dogma-

tische Erklärungsmuster, sondern in Interaktion mit der Realität der gesellschaftlichen Entwicklung.

Mit der Definition einer Strategie aber tun sich beide Programme schwer. Vermisst man im grünen Programm den Bezug auf die allgemeine Lage in der Welt (Luxemburg als Insel?), so verzichten Déi Lénk auf eine spezifische Analyse der luxemburgischen Situation (Juncker gleich Thatcher?). Und wenn es letzteren vor allem darauf ankommt, Positionen zu markieren, so geben erstere vor zu glauben, sie könnten in der nächsten Regierungskoalition sitzen und dort als Juniorpartner die Welt verändern. Eigentlich müßte ein Blick über die Mosel genügen, ihnen den Appetit auf Koalitionen zu verderben: Dort sieht man, wohin es führt, wenn ein kurzfristiges elektorales Kalkül (das sogar aufgegangen ist) die langfristige Überzeugungsarbeit verdrängt. Hierzulande wird sowieso ein politischer Erdbeben notwendig sein, um das magische Dreieck zu zerbrechen, weshalb die Priorität bei der Überzeugungsarbeit in der Opposition liegen sollte und nicht beim Hervorstellen der Koalitionsfähigkeit.

Wo sich die einen mit ihrer Strategie in die eigene Tasche lügen, da fehlt sie bei den anderen ganz. Verlorene Mühe also? Gewiß, die nächsten Wahlen werden kaum etwas verändern. Dennoch ist es gut, daß beide Gruppierungen zu den Wahlen antreten, umso mehr als die LSAP ihr Image von ökologisch und sozial auf kompetent und innovativ umgekrempelt hat. Ob konkrete Alternativen zum Bestehenden oder prinzipielle Alternativen zum System, in beiden Fällen steht politische Gestaltung gegen Konservatismus und technokratische Sachverwaltung. Mehr als ein solches Zeichen zu setzen ist wohl zur Zeit nicht machbar.

Raymond KLEIN